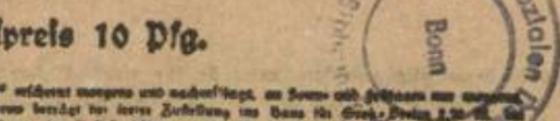


Die „Vorwärts“ wird am Montag und nachmittags, am Sonntag und Feiertagen nur am Morgen...
Vertrieb: Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 10 III.
Verleger: Hans Neeben 1893 und 1894.

Julius hat die Adressen...
Expedition: Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 10.
Verleger: Hans Neeben 1893.



Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 12. Februar 1919

Nummer 76

Die neue Regierung.

Das neue Ministerium.

Weimar, 11. Februar.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, fand heute Abend im Schloß eine Besprechung der Fraktionsvorsitze der Mehrheitsparteien mit dem neugewählten Reichspräsidenten Ebert über die Frage der Kabinettsbildung statt. Nach den bisherigen Dispositionen der Parteien dürften die Reichämter wie folgt besetzt werden:

Ministerpräsident: Schreiermann (Sozialdemokrat); Vizepräsident: Preuß (Demokrat), der gleichzeitig die Führung des Reichsamts des Innern übernehmen wird; Reichsverteidigungsamt: Kroll (Sozialdemokrat); Reichsarbeitsamt: Bauer (Sozialdemokrat); Reichsernährungsamt: Gersch (Zentrum); Reichsjustizamt: Petersen (Demokrat); Reichspostamt: Wiesberg (Zentrum); Reichsfinanzamt: Schiffer (Demokrat); Reichswirtschaftsamt: Wiffel (Sozialdemokrat); Reichsjustizamt: Landsberg (Sozialdemokrat); Auswärtiges Amt: von Brockdorff-Rausan.

Als Minister ohne Portfeuille werden genannt: Dr. Daxhoff (Sozialdemokrat), Que (Sozialdemokrat) und Gruber (Zentrum).

Kein Staatsbankrott.

In einer durch Volk verbreiteten Erklärung bestritt der preussische Finanzminister Südekum, daß er den Staats- oder Reichsbankrott angekündigt habe. Er habe nur im Zusammenhang mit einer Erörterung über die formale Ausgestaltung der Steuererhebung in der Zukunft den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben Bewilligungswilligkeit wie ein insolvent gewordener Kaufmann — also ein Bankrotter — den Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund ganz einwandfreier Angaben eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lasten im ganzen Reiche vorgenommen werden könne. Er habe schon früher die Finanzlage des Landes immer wahrheitsgemäß als sehr gespannt geschildert, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Verrückung kein Anlaß vorliege, umso weniger, als wir hoffen dürfen, durch die Verfeinerung der Besteuerungsmethoden und durch die Erschließung neuer Steuerquellen die Ordnung in den Finanzen aufrecht zu erhalten, wenn wir erst einmal wieder zu normalen Preisen des Lebensbedarfs und damit auch zu normalen Lohn- und Gehaltsverhältnissen zurückgekehrt sein werden.

Wenn der Zusammenbruch der Finanzen vermieden werden soll, so darf die Verfeinerung der Besteuerungsmethoden nicht an irgend welche Voraussetzungen geknüpft werden. Insbesondere muß die Kontrolle der Einkünfte der Höheren Einkommen und Vermögen mit genau derselben Schärfe gehandhabt werden, wie bei den Einkommen unter 3000 Mark. Eine dementsprechende Milderung der Besteuerungsmethoden ist von allergrößter Dringlichkeit.

Hehe gegen das Rätesystem.

Der Aufruf der Parteileitung und der Fraktion der U. S. V. D. hat in der bürgerlichen Presse sehr wenig Freude hervorgerufen. Insbesondere ist es das Organ der Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die seinen Sinn arglistig entstellt, um daraus eine neue Hebe zu rekrutieren. Da das Blatt lauthals Einwendungen gegen den Inhalt des Aufrufs nicht zu erheben vermag, sucht es die Lasten, daß er sich an die Arbeitermassen außerhalb des Parlamentes wendet, so darzustellen, als ob er an die Gewalt appelliere. Das ist selbstverständlich eine grobe Verfälschung der öffentlichen Meinung. Aber da die ganze Politik der Regierung darauf hinaus, unbenannte Meinungen mit Hilfe ihrer Soldatenschar zu unterdrücken, so ist das nur einer der vielen Versuche, eine äußerliche Rechtfertigung für neubeobachtete Gewaltunternehmungen zu finden.

Noch schlimmer aber geht der „Vorwärts“ vor. Die treffende Kennzeichnung der Politik der Rechtssozialisten, die der Aufruf enthält, haben ihn in eine Wut versetzt, in der er keinen Beifall die tollsten Gedankenansätze als hervorragende Weisheiten anpreisen sucht. Besonders mißfällig ist er über die Feststellung, daß die Rechtssozialisten sich nicht

mit den Demokraten zur Regierungsbildung vereinigen, sondern auch mit dem Zentrum. Also mit derjenigen Partei, die den Wahlkampf gegen die Rechtssozialisten in Anlehnung an die reaktionärsten Parteien geführt hat und die alle volksfeindlichen Handlungen mit Anbrunst zu fördern sucht.

Wenn der „Vorwärts“ die Politik der U. S. V. D. als „nationalliberal“ bezeichnet, so erwidern wir darauf: Nationalliberaler Politik ist eine haltlose, grundlos und innerlich unwahre. Eine solche Haltung aber haben während des Krieges die Rechtssozialisten begonnen und sie auch jetzt während der Revolution fortgesetzt. Sie sind es, die nur, um an der Herrschaft zu bleiben, sich mit Demokraten und Zentrum verbinden, also mit den erklärten Feinden des Sozialismus. Sie sind es, die Nationalliberalen wie Herr Schiffer nicht nur in die Regierung festgehalten haben, sondern auch ins neue Ministerium aufnehmen.

Aber aus all dem spricht die Angst vor den Arbeiterräten. Man fühlt, daß man diese verhasste Institution doch nicht so leicht wieder los wird. Man weiß, daß die Forderung der U. S. V. D. nach gezielter Einfügung des Systems der Arbeiterräte zur Förderung aller Arbeiter werden wird, um die revolutionären Errungenschaften vor dem kirikal-nationalliberal-fortschrittlichen-rechtssozialistischen Bund zu schützen. Und deshalb das Geschrei und die Hetze!

Der Zentralrat gegen den Reichsfoldatentat.

Berlin, 11. Februar. In der Sitzung des Zentralrates vom 10. Februar wurde unter anderem ein Schreiben der Delegierten der Kampfvolkenten beraten, in welchem eine große Anzahl Forderungen formuliert waren, vor allem die Schaffung eines Reichs-Soldatentates, die der Zentralrat in dieser Form als undurchführbar ablehnen mußte.

Alarmzustand in Hamburg.

Hamburg, 11. Februar. Bis zur restlosen Durchführung der Waffenablieferung ist der Alarmzustand verhängt. Sicherheitsmannschaften durchziehen die Straßen und gehen bekannt, daß die Waffen sofort abzuliefern sind. Zuwiderhandelnde verfallen dem Standrecht. Die Sicherheitsmannschaften gehen auch in die Häuser und durchsuchen die Räume. Dieses Vorgehen zusammen mit anderen Maßnahmen der Sicherheitsmannschaften wird die Durchführung der Entwaffnung unlauteher Elemente beschleunigen.

Die westdeutsche Republik.

Braunschweig, 11. Februar. Der Kongreß zur Gründung einer Westdeutschen Republik fand heute vormittag nach zweitägiger Tagung seinen Abschluß. Wie das Amtsblatt berichtet, entspricht das Ergebnis des zweiten Kongresses voll den Erwartungen. Die Grundlagen für eine Westdeutsche Republik seien demnach gelegt. Die Aussprache brachte mit wenigen Ausnahmen das volle Einverständnis mit dem Zusammenschluß der westdeutschen Gebiete zu einer einheitlichen Forderung gegen die „Konterrevolution“ und zu einer Macht für die Durchführung der sozialen Revolution zum Ausdruck. Die rheinisch-westfälischen Arbeiterkreise beherrschten ein harte Kampfsitz. Die Arbeitermassen seien entschlossen, den Kampf um die Errungenschaften der Revolution bis zum äußersten zu führen und im Notfall den wirtschaftlichen Kampf in den schärfsten Formen auszunehmen. — Der Kongreß beschloß eine Zentralstelle in Hagen zu errichten für die Zusammenfassung der A. und S. Räte Westdeutschlands und zunächst drei Kommissariate zu bilden, welche die gemeinschaftlichen Fragen zu erledigen und insbesondere auch die Errichtung einer Volkswehr sofort in die Wege zu leiten haben. Nachdem die Kommissariate die Vorarbeiten erledigt haben, wird ein neuer Kongreß stattfinden.

Eine internationale Frauenkonferenz.

Bern, 11. Februar. In den nächsten Tagen findet in Bern eine internationale Frauenkonferenz für die Wälderhandlung statt. Die Beteiligung von bürgerlichen und sozialistischen Frauen aus neun Ländern ist gesichert.

„Habemus Papam!“

An diesen Ruf, mit dem gewöhnlich die Wahl eines neuen Papstes durch die Kardinäle dem Volke verkündet wurde, wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die Berichte über die Wahl Eberts zum provisorischen Reichspräsidenten liest. Wie ein Aufatmen geht es durch die bürgerliche Welt, daß das Reich sein traditionell erforderliches Oberhaupt bekommen habe. Und man nimmt es vorläufig gerne mit in den Kauf, daß dieses Oberhaupt ein „Arbeiter“, ein „Sozialist“ ist, wenn nur das Prinzip des staatlichen Oberhauptes selbst gerettet worden ist. Unsere Genossen in der Nationalversammlung haben sich gegen die Wiederaufrichtung dieses Prinzips, das bei der monarchischen Verkörperung des deutschen Volkes doppelt gefährlich ist, mit aller Entschiedenheit gewehrt. Genosse Dr. Oskar Cohn hat in seiner vorzüglichen Rede der Mehrheit zugerufen: „Wir haben von der Monarchie ein für alle mal genug und möchten sie nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder einführen!“ Er ist nun namens unserer Fraktion vor, und nach dem Muster der Schweiz ein Kollegium von gleichberechtigten Männern als ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium zu setzen. Der Vorschlag fand bei den Mehrheitsparteien keine Gegenliebe: die monarchischen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien begehrten sich mit der Majorität der mehrheitssozialistischen Partei, die ihre Position für gesichert hält, wenn die leitenden Stellen in der Regierung von ihren Leuten besetzt sind. Unwillkürlich denkt man an die Sandwurstlade zurück, die am 6. Dezember, dem Tage der blutigen Ereignisse in der Schauffstraße, von einem Trupp irrezuleiteter Soldaten in der Wilhelmstraße aufgeführt wurde. Auf die Frage des Soldaten Spiro, ob Ebert dem Rufe Folge leisten würde, die Würde des Präsidenten der deutschen Republik anzunehmen, antwortete Ebert nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, mit einem klaren Nein, sondern mit den diplomatisch-vieldeutigen Worten, er könne und wolle den „Ruf“ nicht annehmen, ohne vorher mit seinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben.

Damals mutete diese Szene wie ein etwas überreifes Zwischenspiel in der großen Revolutionsdramatik an, die in ihrem Vorwärtsstreben die kleine Szene schnell vergessen machte. Jetzt ist sie — in ärgerlicher, bombastischer Aufmachung — ein Teil der Tragödie selbst geworden. Die Präsidentschaft Eberts ist ein Akt in dem tragischen Spiel der revolutionären und konterrevolutionären Gewalten geworden.

Der Parteigenosse Eberts, Dr. David, der den Präsidentschaftstuhl der Nationalversammlung verunziert, hat den schlichten Gehmaß belesen, in seiner gestrigen Kundgebungsrede an Ebert dessen Verdienste um die Erhaltung der Revolution seit dem 9. November zu feiern. Diese Rede ist ein Programm. Sie zeigt uns, was die führenden Männer der Rechtssozialisten, die jetzt — unter äußerer Mithilfe des Bürgermeisters — die Reichspolitik „machen“, unter Sicherung der Revolution und der sozialen Demokratie verstehen.

In Wirklichkeit stehen wir jetzt mitten drin in einer Periode, deren Wahrzeichen die völlige Vereinnahmung aller Errungenschaften der Novemberrevolution ist. Das Entscheidende ist hier nicht die Nationalversammlung und die Notwendigkeit der Wahrung auch der Interessen der nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung. Das eine wie das andere ließe sich ganz gut auch mit einer grundabtrennen revolutionär-sozialistischen Politik in Einklang bringen. Entscheidend ist aber, daß die Führer der rechtssozialistischen Partei diese revolutionär-sozialistische Politik nicht wollen! Entscheidend ist, daß sie durch ihre Haltung in den letzten zwei Monaten den Beweis erbracht haben, wie sehr sie aus dem vorwärtsdrängenden Strom der proletarischen Revolution, die eine neue Welt aufbauen will, sich zurückziehen in den stillen Hafen des bürgerlichen Parlamentarismus, in den Stumpf des Fortwärtstums und Opportunismus an den brüchigen Formen des Kapitalismus.

Diese Haltung der Mehrheitsführer hat sie in Geachtlos gebracht zu den Bestrebungen der sozialistischen Avantgarde der Arbeiterschaft. Wären noch Millionen Unauf-

schärfer. Schwankender Ihnen heute fassen. Morgen werden sich die breiten proletarischen Massen, die ihren Vorkampf erkannt, von ihnen abwenden. Denn in einer Periode, wo die Welt auf sozialistischer Grundlage agiert, wird sich auch das gesamte deutsche Proletariat eine Neuauflage des vorkonstitutionellen Obristenstaates unter der Firma einer „demokratischen Republik“ und unter dem Zeichen einer Nationalversammlung, die den Reichstag zu lobieren sucht, nicht rubia hinnehmen.

Diese Entwicklung leben die Führer der bürgerlichen Parteien vorwärts. Sie wissen sehr wohl, daß sie auf einem Vulkan sitzen, der sie militant ihren konterrevolutionären Plänen in die Luft sprengen wird. Sie sind deshalb bestrebt, machtpolitische Sicherungen für die Zukunft zu schaffen, Barricaden und Wälle anzurichten, an denen die Stürme des aufständischen Volkes zurückprallen werden.

Als ein solcher Wall ist auch die jetzt aufgerichtete „republikanische Monarchie“ Eberts gedacht. Sie ist die vorläufige Spitze der im Marsch begriffenen Konterrevolution, die in Masse ihren energischen Organisator, in allen Schichten des Bürgertums ihre eifrigsten Stützen hat.

Ebert und seine Partei sind die Kulisse, hinter der sich der Aufmarsch der bürgerlichen Mächte vollzieht. Heute in Baden aufgenommen und als Geschäftsführer für die Uebergangzeit akzeptiert, werden sie von den „führenden Rednern“ der Koalition mit Aufträgen beauftragt, sobald die Stunde der entscheidenden Banapartien schlägt — wenn nicht vorher das Proletariat in seiner Gesamtheit zur Erkenntnis seiner eigentlichen revolutionären Aufgaben gelangt und dem unwürdigen Spiel seiner unwürdigen Vertreter ein Ende bereitet.

Deutsche Nationalversammlung.

5. Sitzung vom Dienstag, 11. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Aus Hamburg ist von Vertretern der unabhängigen A. und E. Fraktion eine Zuschrift eingegangen, welche darüber lebhaftes Besprechungs führt, daß trotz der in Hamburg herrschenden Ruhe, jedoch und planmäßig weitere Zugewanderten über die Verbände in Hamburg verbreitet werden; besonders schamlos verfahren in dieser Beziehung die „politisch-parlamentarischen Reichstagen“ (Reiterleit). Es wird eine sofortige Untersuchung dieser konterrevolutionären Umtriebe verlangt. (Erzuchtete Vertreter; Auf d. v. Soc.; Schöne Gesellschaft)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein:

Wahl des Reichspräsidenten.

Präsident Dr. David: Das Resultat der Wahl ist folgendes: Abgeordnet sind 379 Stimmen, davon waren unglücklich (nicht) 51. Es haben gültige Stimmen erhalten: Ebert 277, Graf Saldern 40, Scheidemann 1, Erzberger 1 (Reiterleit). Der Herr Abgeordnete und leitendste Volksbeauftragte Fritz Ebert ist somit zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt. (Beifall. Auf bei den U. Soc.; Arieleth der Einzel) Ich richte die Frage an ihn, ob er die Wahl annimmt.

Volksbeauftragter Ebert: Herr Präsident, ich nehme die Wahl zum Reichspräsidenten mit Dank an. (Beif. Beif.)

Präsident Dr. David: Meine Damen und Herren! Zum erstenmal hat sich das deutsche Volk ein Coerhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. Die einzige Quelle seines Rechts ist der Wille des Volkes. (Beif.) Auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. So mit hat das Reich zum erstenmal ein Coerhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beif.) Der Schwund der in der Form und aus ererbtem Recht. In seiner Stelle steht der schicksalhafte Führer. Der neue Reichspräsident hat die Aufgabe des Staatspräsidenten zu führen verheißt, hat er in den Monaten des nächsten inneren und außerpolitischen Sturmes bewiesen. Es war wahrlich kein leichtes Erbe, das Herr Ebert am 1. November beim Eintritt des Pringen Marx von Baden antrat. (Sehr richtig) Selten wohl in der Weltgeschichte ist einer Staatsleitung eine schwerere Aufgabe zugefallen. (Auskommung) Man strengenwärtige sich jenen Zusammenbruch des alten Systems fleißigartig brauchen und im Inneren, und dazu die innere Geschäfte, daß die in den Novembertagen sah ohne Kampf vollzogene Staatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg ausartete.

(Unruhe bei den U. Soc.) In dieser gefährlich-mangenen Stunde in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes trat Ebert an die erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht, wie dort in ein blutiges Chaos zur völligen Auflösung von Reich und Ordnung verfiel, hat (große Unruhe bei den U. Soc.), daß sie nicht zur Zerschüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum großen Teile das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen haben. (Beifall.) So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der bewährten politischen Klugheit, Tapferkeit und Willensfestigkeit des an die erste Stelle berufenen Mannes gedenkt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, die kommen von rechts oder von links (Unruhe bei den U. Soc., lebh. Beifall bei der Mehrheit) Was das deutsche Volk dessen genügt sein, daß der neue Reichspräsident jeden Versuch, an Stelle des Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Willens einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegenzutreten wird. (Beif. Beifall) bei der Mehrheit, verunglückte Zwischenrufe der U. Soc.) Die Demokratie wird in ihr einen starken Stützpunkt haben. (Beifall.) So möge denn die Volkshaus binandringen in die deutschen Lande: ein vollgewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke (Beifall), ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Ziele und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann erfüllt von festem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Reichen zu schaffen im Inneren wie nach außen. Die Nationalversammlung beruht den Präsidenten des Deutschen Reiches und legt ihm in seine hohen Rechte ein. Möge er sie wahrnehmen im Geiste dieser Versammlung, der Versammlung der freigewählten Vertreter des freien deutschen Volkes. (Stimmlicher Beifall und Handklatschen im Saal und auf den Tribünen.)

Reichspräsident Ebert: Zunächst danke ich für die freundlichen Worte der Herrn Präsidenten. Ihr Vertrauen ist mir eine große Ehre. Der Ruf, den Sie heute an mich richteten, ist ein Ruf der Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn jemals jeder Deutsche auf dem Spiel, auf den er gestellt wird, seine Schuldigkeit zu tun hat. (Beifall.) Wir allen meinen, Kräfte und mit voller Energie werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen (Auskommung bei den U. Soc.), niemand zu Liebe und niemand zu Feinde. (Beifall.) Ich werde, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich bewahren und schützen werde. (Beif. Beifall.) Ich will und werde als Repräsentant des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vorkämpfer einer einzelnen Partei (Beifall) Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des

Arbeiterstandes bin (Beifall), aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft noch meine Überzeugung zu verleugnen geneigt bin. (Beif. Beifall) Indem Sie das höchste Amt des deutschen Reiches mir anvertrauen, haben Sie, ich weiß es, keine einseitige Parteipartheihaft auf mich richten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Minderzucht und Erziehung der Arbeiterklasse der Zukunft. (Beif. Beifall) Ich habe das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiet der Politik rechtlich bekräftigt (Beifall), und auch auf sozialen Gebiet politische sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschenmöglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Recht aufzuheben. Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchzuführen läßt, das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns aber immer leiten.

Freiheit und Recht hat Schwelgerei;

die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. (Sehr richtig) (Beif.) Es zu führen und wiederherzustellen, wo sie angefallen ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. (Beif. Beifall.) Jede Gewaltverfassung, die nicht dem Volk an sich, sondern dem Willen der Herrschenden, die zum Zweck der Herrschaft (Beif. Beifall) und Handklatschen.) Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern haben wir seitlich abgelehnt; auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung komme. Niemand soll in den Erbhang der Republik eingeworfen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. (Beif. Beifall.) Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und außen. Wir können aber um des Rechts Willen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit der Wahl beraubt. (Beif. Beifall und Zustimmung.)

Die Freiheit aller Deutschen

zu führen mit dem Aufrichtigen Angebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Beif. Beifall.) Den Reichen zu ertragen, der Nation das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingte verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftswesen so zu gestalten, daß die Freiheit nicht verfallt, sondern Kultur, Freiheit, Arbeit, das ist das Ziel, dem wir zustreben. (Beif. Beifall.) Ich weiß, daß die Kraft des einzelnen, wo immer er auch steht, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes verbindet. Ein so großes Geschick unser Volk auch betroffen hat, an seinen lebendigen Kräfte zu bewahren, wir nicht. Unser Volk hat sich in großer Bewegung und in großer Aufrichtigkeit, unser Volk wird sich auch durchsetzen brauchen in der Welt und zu Hause. Die Wichtigkeit der Männer der Volkswahl, das Ehrliche ihres Strebens und die Reinheit ihres Willens müssen den Gemütern erdringen für die Wichtigkeit des großen Grundgesetzes der Selbstbestimmung. Alle diese Anforderungen stellen an mich schwere Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdet arbeiten für das Glück und Wohlergehen des deutschen Volkes. Und so, meine Damen und Herren, lassen Sie uns rufen: Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch! (Das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein. Handklatschen im Saal und auf den Tribünen.)

Darauf ist die Landordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 13 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.
Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Eine Glanzleistung Richard Fischers.

Aus Weimar wird nachträglich noch ein rechtssozialistisches Heldentat erzählt, das sich in der ersten Sitzung während der Vorkonvention zurug. Die Rechtssozialisten versuchten die Wahl unserer Genossin Agnes zur Schriftführerin zu verhindern. Um dieses edle Ziel zu erreichen, ist Richard Fischer sein Mittel zu Mächte. Er, der die Wahl leitete, ließ sich sogar zu einem großen Amtsmißbrauch verleiten. Er ließ nämlich, als er sah, daß sein Parteigenosse Daniel einen Zettel abgab, auf dem auch der Name Agnes stand, schnell den oberen Teil mit dem verhassten Namen ab, bevor er den Zettel in die Urne legte. Genosse Fritz Seyzer nagelte diesen Umtriebsbrauch in aller Offenheit fest. Und Richard Fischer — mußte keine Verstellung zugeben, hatte dann aber die Ehre, sich auf ein „Mißgeschick“ herauszuweisen. David hingegen, beständige glatt den Vorwurf des Genossen Seyzer.

Es ist bezeichnend für die Bestimmung der Reformer, zum mindesten für die Genossenschaft Richard Fischers, wenn zu solchen Klüften im Kampf gegen die Unabhängigen gegriffen wird.

Die Produktion von Populartät.

Der Kapitalismus hat längst die Populartätserzeugung ebenso organisiert wie die von Kodartikeln oder Zigarettenmarken. Sie bildet eine wichtige Unterabteilung im kapitalistischen Zeitungswesen und hängt unmittelbar mit der Technik des Reproduktionsverfahrens zusammen.

Vor dem 9. November war der populärste Artikel unstrittig Wilhelm II. und seine Familie. Man kann schon sagen, was Wilhelm II. und die Seinen dabei & B. der Zeitpresse bedankt und diese ihm. Der monarchische „Gedanke“ ist ja vor allem Pöbelerszeugnis. Sein Höhenflug löst unmittelbar zusammen mit dem Aufschwung der „parteilosen“ und insbesondere der illustrierten Presse.

Seit auch sich auch diese Industrie um helfen und nach neuen Objekten suchen, denn sie eine so marktgängige Populartät verliert, daß sie eine Art fester Populartätserzeugung abwerfen.

In der „Weimarer Landeszeitung“ erschien gestern mittags, also noch vor der Wahl Eberts folgende Notiz:

Wie die Reichsanzeiger mitteilt, wird die Wahl des Reichspräsidenten heute nachmittags 3 Uhr erfolgen. Es sind Oppositionen auswärtiger Deputationen geplant und es wird erwartet, daß die Wahl die heftigste Bevölkerung erleben wird in diesen Orländern beizulassen. Vor dem Gebäude der Nationalversammlung nehmen Verhandlungen der Parteien statt. Aufstellung. Die Landesräte entsenden eine Oberekompanie, die unter dem Kommando der Militärmusik dem neuwählten Präsidenten den Ehrgeug der Armee dorthin bringt. Reichspräsident Ebert wird die Nationalversammlung etwa um 4 1/2 Uhr verlassen.

Diese übliche Angelegenheit hat, wie berichtet wird, angeblich bei den Abgeordneten Mißfallen erregt. Sie meinen, eine solche behagliche Veranstaltung hätte höchstens nicht dem Zweck, den Sozialisten zu helfen.

demokratie gefunden, wenn sie für einen Monarchen der vergangenen Zeit inszeniert worden wäre. Die Abgeordneten haben durch die Deutschen sind nun mal an Organisation gewöhnt und alles muß eben organisiert werden. Daß dabei den ungeübten rechtssozialistischen Wählern ein kleiner Regierender unterläßt und die Parteistellungen oft zu sichtbar werden, ändert ja an dem Wesen der Sache nichts und wird sich schließlich leicht vermeiden lassen. Und wenn so viel willkürlich bleibt, wenn nicht auch die spontanen Reaktionen mit Militärmusik, Schulkindern, Oberbürgermeister und was sonst noch zum Klappen gehört?

Rein, es ist so schon recht: Kaiser oder Präsident, die Regie ist nur Schlichter, sonst bleibt's daselbe.

Gegen die Pressefreiheit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine „politische Mitteilung“, die besagt:

„Gegen die immer mehr zunehmende Verbreitung von Druckschriften und Flugblättern, die eine Aufzucht oder Anreizung zu Verbrechen oder Vergehen gegen die öffentliche Ordnung enthalten, und bei denen nicht die Namen der Verfasser und Drucker feststehen, wird in Zukunft von der Polizei unanständig durch Verhaftung und Verurteilung der Verbreitung der Verbreitung, Verleger und Verbreiter vorgegangen werden.“

Wiederum diese Verurteilung nur gegen solche Flugblätter, bei denen die Namen der Verfasser und Drucker feststehen, das heißt gegen anonyme Druckschriften, so wäre das nicht gegen sie zu sagen. In der vorliegenden Fassung aber bedeutet es nichts anderes als eine Ausfallspitze gegen die Pressefreiheit.

Wenn die Anreizung zum Vergehen gegen die öffentliche Ordnung strafbar ist — dann ist jede revolutionäre Propaganda strafbar.

So sagt es auch die „Deutsche Tageszeitung“ auf. Sie jubelt und heult:

„Es wird dabei nicht Halt zu machen sein bei Flugblättern mit oder ohne Angabe des Druckers, sondern das Augenmerk wird auch zu richten sein auf die periodisch erscheinenden Organen der deutschen Volksparteien. Die Tatsache, daß jemand eine Zeitung herausgibt, darf ihm noch nicht das Recht verleihen, Tag für Tag zu Staatsverbrechen, Aufbruch und Landesverrat aufzureizen.“

Das bolschewistische Hauptorgan Deutschlands, die „Arbeiterzeitung“ — heißt es eine Seite weiter. Man weiß also, wen die „Deutsche Tageszeitung“ meint, wenn sie von „deutschen Volksparteien“ redet.

Diese alldeutsche Redensart regt uns natürlich herzlich wenig auf. Aber sie zeigt, wie gefährlich es ist, auf diese Weise die Polizeigenjur mobil zu machen. Wie bereit willig haben wir es unter unserer sozialistischen Revolutionsregierung gebracht, wenn heute schon ganz offen die Pressefreiheit bedroht wird, wenn sogar „amtlich“ jede revolutionäre Propaganda zum Verbrechen getrompelt wird.

Die Herren Offiziere setzen ab.

Der Generalkommandant des VII. A.-K. hatte sich gegen die Verfügungen der Reichsregierung gewandt und verfügt, daß Einzelnheiten nicht mehr vorgekommen werden und Freiwilligen-Regimenter nicht gebildet werden dürfen. Daraufhin hat das Generalkommando des VII. A.-K. ihn abgesetzt, da er in wichtigen und grundlegenden Fragen gegen die Regierung arbeite und die Verhandlungen mit ihm über diese Punkte keine Ergebnisse hatten.

Das Generalkommando konnte sich seine herausfordernde Stellung erlauben, nachdem die Reichsregierung militärische Hilfe nach München geschickt hatte. Mit Hilfe dieser Soldaten wurde der Soldatenrat, dessen Verbrechen darin bestand, daß er an den Errungenschaften der Revolution festhielt, abgemurrt. Mit dieser Tat hat die „sozialistische“ Regierung ein neues Schandblatt in ihren wenig ruhmvollen Rang geflochten.

Braunschweiger Landtag.

Braunschweig, 10. Februar. Der Braunschweigische Landtag wurde heute nachmittags durch den Vorsitzenden des Landes-A. und E.-Rates Schüb mit der Verlesung einer Rede eröffnet, in der die Richtlinien festgelegt wurden, die die Regierung für die Arbeit des Landtages als maßgebend erachtet. In der Rede wurde ausgeführt: Dem Landtage würden Vorlagen zugehen, die die Sozialisierung betreffen. Reis für die Sozialisierung seien neben anderen namentlich die Bergwerke. Die Gesetze, die bereits vom A. und E.-Rat erlassen sind, so besonders über die Trennung von Kirche und Staat, gelten als unantastbar, der Landtag hat sich nicht mehr damit zu befassen. Der A. und E.-Rat bleibe die oberste Behörde, habe also die letzte Entscheidung. Hier sowie mehrfach im Verlauf der Aussprache wurde Widerspruch aus der Versammlung laut.

Dem Präsidenten der Landesversammlung wurde Reichsanwalt Dr. Jaspert (Rechtssozialist) gewählt. Präsident Dr. Jaspert erklärte in seiner Ansprache, daß die Landesversammlung sich nicht an den Boden der Reichsbeschlüsse halte, und entbot der Landesversammlung in Weimar die Grüße des Landtages. Er betonte, daß man Sonderbedingungen vermeiden und als Mitglieder des großen Vaterlandes wirken müsse. — In der morgigen Sitzung soll über die Eröffnungsrede der Regierung verhandelt werden. Ein Antrag ist eingegangen, die Regierung soll sich jeder Förderung des Planes zur Gründung eines Nordwestdeutschen Bundesrepublik enthalten, die mehr dafür sorgen, daß die Republik Braunschweig im Rahmen eines größeren Niederlande aufstehe.

Wahlergebnis in Polen.

„Dziennik Autorski“ Nr. 20 vom 6. Februar bringt nach dem Warschauer „Kurier Polski“ folgendes Gesamtergebnis der Wahlen zur polnischen konstituante aus Konstantynow:

Erklärte Anhänger der Nationaldemokratie 18; andere nationalistische Vertreter, die mit der Nationaldemokratie zusammenhängen, sind 21; der nationale Arbeiterbund 2; die Arbeiterpartei des G. östlichen Polens 11; die vorkonstitutionelle Gruppe 2; W. S. 2; die Sozialistische Gruppe 22; die P. S. (Sozialisten) 18; Juden 8; Deutsche 2.

Polnische Nachrichten.

Dr. Jaspert ist, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, auf Verlegung des Staatsanwaltes wieder auf freien Fuß gelassen.

